



Halle gegen Rechts
–
Bündnis für Zivilcourage
c/o Reformhaus
Große Klausstraße 11
06108 Halle
Tel: 0345 27980710
Tel: 0160 98647809
vernetzung@halle-gegen-rechts.de

Halle, 30. Januar 2013

Demonstrationsfreiheit schützen – Solidarität mit Sebastian Striegel

Im Rückblick auf den Aufmarsch (neo)nazistischer Kräfte in Magdeburg am 12.1.2013 zeigt sich für die Initiative „Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage (HgR)“ einmal mehr die besondere Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Protest aber auch die Notwendigkeit der aufmerksamen Beobachtung von eingesetzten Polizist_innen durch unabhängige Beobachter_innen-Teams.

Freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit gehören zu den unveräußerlichen Menschenrechten. Unter anderem bei antifaschistischen Demonstrationen machen Bürger_innen von eben diesen Rechten Gebrauch, um im Rahmen der politischen Auseinandersetzung eine klare Position für Demokratie und gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Menschenverachtung zu beziehen. In jüngster Zeit wurden in Sachsen-Anhalt hierbei wiederholt gewaltfrei agierende Demonstrant_innen durch Polizist_innen zum Teil schwer verletzt (u.a. in Halle am 07.08.12 und in Magdeburg am 12.01.13).

Die Polizei operiert im Rahmen von Demonstrationen im Spannungsfeld zwischen Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und der Wahrung der Grundrechte aller. Komplexe Handlungssituationen und Konflikte sind dabei vorprogrammiert. Es ist daher auch im Interesse der Polizei, dass unabhängige Beobachter_innen-Teams auf Demonstrationen aktiv präsent sind. Das Bündnis Halle gegen Rechts begrüßt deshalb ausdrücklich den couragierten Einsatz von Landtagsabgeordneten aus LINKE, SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 12. Januar in Magdeburg.

Um im Falle von unrechtmäßiger Gewalt durch Polizeikräfte die Ermittlungen zu vereinfachen und gleichzeitig das Vertrauen in die Polizeiarbeit zu stärken, stellt außerdem die Einführung einer anonymisierten, rotierenden Kennzeichnungspflicht für Polizist_innen in geschlossenen Einsätzen ein weiteres wichtiges Instrument zur Stärkung des Rechtsstaates dar.

In der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt ist in Artikel 41 zu lesen: „[der Landtag] überwacht die vollziehende Gewalt nach Maßgabe dieser Verfassung“. Sebastian Striegel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist gewählter Landtagsabgeordneter. Wie bei



Halle gegen Rechts
–
Bündnis für Zivilcourage
c/o Reformhaus
Große Klausstraße 11
06108 Halle
Tel: 0345 27980710
Tel: 0160 98647809
vernetzung@halle-gegen-rechts.de

unzähligen Veranstaltungen in den vergangenen Jahren nahm MdL Striegel auch am 12.01.13 in Magdeburg den Auftrag der „Überwachung der vollziehenden Gewalt“ ernst und dokumentierte gemeinsam mit Abgeordnetenkolleg_innen unter anderem das Verhalten von Polizeibeamt_innen während des Einsatzes. Laut Medienberichten und politischen Stellungnahmen soll die Polizei Niedersachsen nun ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte angestrengt haben

(siehe dazu:

<http://www.mz->

[web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1359038186222&openMenu=1013016724285&calledPageId=1013016724285&listid=1018881578312](http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1359038186222&openMenu=1013016724285&calledPageId=1013016724285&listid=1018881578312)).

Aus Sicht von Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage ist diese Anzeige der Versuch der Kriminalisierung und Einschüchterung von Antifaschist_innen und kritischen Abgeordneten. Es stellt sich die Frage: Wer würde überhaupt noch das Handeln der Polizei kritisch begleiten und gegebenenfalls diese und den Innenminister kritisieren, wenn wachsame Menschen gezielt mit Ermittlungen drangsaliert werden?

Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage macht deutlich, dass antifaschistischer Protest notwendig und legitim und das Monitoring durch Abgeordnete wie Sebastian Striegel unverzichtbar ist. „Wir sind solidarisch mit Sebastian Striegel“, so Christof Starke für das Bündnis Halle gegen Rechts „jegliche Vorverurteilungen seiner Person weisen wir entschieden zurück. Das Hervorbringen absurder Vorwürfe gegen einen couragierten Abgeordneten unterstreicht vielmehr die politische Brisanz seiner geleisteten Beobachtertätigkeit.“, so Starke abschließend.